

Stand: 22.06.2025 21:14:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17180

"Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17180 vom 01.06.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19745 des WI vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20388 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte SPD**

Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die plangemäße Fortsetzung aller laufenden Projekte der Autobahndirektion Süd sicherzustellen und gegebenenfalls die dazu nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Das beinhaltet vor allem die Entschärfung des drohenden Personalmanagements gerade bei projektrelevanten Ingenieuren und Führungskräften. Dies kann zum Beispiel geschehen durch vertraglich verbindliche Zusagen an die Angestellten der Autobahndirektion Süd, betreffend Versetzungen und Weiterbeschäftigung. Um bereits laufende Eigenkündigungen durch Neueinstellungen zu ersetzen, müssen zudem weitere Anreize geschaffen werden. Die erfolgreiche Arbeit der Autobahndirektion darf nicht durch die Umstrukturierung in Mitleidenschaft gezogen werden.

Begründung:

Im Zuge der Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen soll bis 2021 die Überführung der Bundesautobahnen in die Bundesverwaltung abgeschlossen sein. Darüber hinaus soll eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr entstehen. Nach Presseberichten führt die aktuelle Unsicherheit für die Beschäftigten der bis 2021 auslaufenden Autobahndirektionen zu gravierendem Personalmangel. Dieser gefährdet die erfolgreiche Fortführung bestehender Projekte und die bisherige beispielhafte Position der Auftragsverwaltung durch den Freistaat Bayern.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos,
Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD**
Drs. 17/17180

Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Bernhard Roos**
Mitberichterstatter: **Klaus Holetschek**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte SPD**

Drs. 17/17180, 17/19745

**Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen –
Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Bernhard Roos

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Ganserer

Staatssekretär Gerhard Eck

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe also die **Listennummer 1** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. (SPD)

Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen! (Drs. 17/17180)

Der Herr Kollege Roos steht als Redner für die SPD-Fraktion schon bereit.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ja, in der Tat: Wir haben diesen Antrag hochgezogen, alldieweil er von der CSU-Fraktion abgelehnt wurde, obgleich für diesen Antrag innerhalb der CSU-Fraktion sehr viel Sympathie zu erkennen war. Dieser Antrag spricht nämlich Wahrheit und Klarheit.

Die Problematik besteht darin, dass mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr geschaffen werden soll und die Bundesautobahnen aus der Landesauftragsverwaltung in die Bundesverwaltung überführt werden sollen. Da gibt es sowohl in der Autobahndirektion Nord als auch in der Autobahndirektion Süd Absetzbewegungen. Ohne Personal kann man schlecht agieren, kann man schlecht arbeiten. Deswegen – das bezog sich auch auf Medienberichte – haben wir als SPD-Landtagsfraktion gesagt: Hier muss man Vorsorge treffen; hier muss der Freistaat handeln.

Gott sei Dank haben wir momentan mehr Mittel für den Autobahnbau erreicht. Und – oh Wunder, oh Wunder! – dann kam eine Meldung von der Autobahndirektion Süd, man sei nicht imstande, die laufende Sanierung der A 3 sowohl im Bereich Oberpfalz rund um Regensburg als auch im Bereich Niederbayern gleichzeitig zu machen. Im Jahr 2018 findet in Niederbayern nichts statt. Dann gab es Protest – Gott sei Dank auch aus den Reihen der CSU, etwa vom Kollegen Bernd Sibler. Auch ich habe protestiert. Miteinander haben wir es geschafft, dass 2018 auch in Niederbayern die A 3

stückweise weiter saniert wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist dringendst notwendig; denn das ist der am stärksten ausgelastete und am stärksten von Stau betroffene Bereich des deutschen Autobahnnetzes.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch andere Punkte. Der Weiterbau der A 94 ist ein Ewigkeitsprojekt. Walter Taubeneder macht alljährlich seine Autobahnkonferenzen und ist um ein möglichst zeitnahes Fertigstellungsdatum bemüht. Aber das geht leider auch nicht.

Was ist die Ursache der Misere? – Stoiber, der ehemalige Ministerpräsident! 2003 war die Verwaltungsreform, die den Personalbestand in den Verwaltungen gleichsam quer durch den Gemüsegarten regelrecht rasiert hat. Das sollte bis 2022 laufen.

Es gibt einen weiteren Aspekt, der ebenfalls auf den immer noch so hoch gelobten Ministerpräsidenten der Vergangenheit als Schatten zurückfällt. Die Einführung des G 8 hatte den Kollateralschaden zur Folge, dass die Abschlüsse in den MINT-Fächern um 70 % zurückgingen. Techniker und Ingenieure sind Mangelware, findet man am Markt nicht ohne Weiteres. Das gilt für die Privatwirtschaft genauso wie für die Behörden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abwanderungsbewegung, von der ich gesprochen habe, geht in Richtung Bund, aber sie geht auch in Richtung der Privaten, weil die noch besser zahlen. Auch hier müsste sich im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gerade auch der angestellten Ingenieure, der Freistaat Bayern deutlich mehr anstrengen, um Qualifizierte in der Staatsverwaltung zu halten.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dann wir haben noch einen Aspekt mit CSU-Label – der Herr Staatsminister Brunner hat ja gerade von Label gesprochen –: den ehemaligen Bundesverkehrsminister Dobrindt. Man muss anerkennen, dass er für einen Mittelhochlauf gesorgt hat. Ansonsten hat er nicht für viel gesorgt. Wenn ich das jetzt zusammenführe, stelle ich fest, wir haben zwar mehr Mittel, aber keine Ingenieure, die diese Mittel dann punktgenau und

zeitgerecht verbauen könnten. In der Kombination ist das eine große Misere, sowohl in Verantwortung der Staatsregierung im Freistaat Bayern als auch in Verantwortung des CSU-Bundesverkehrsministers. Es ist eine Misere, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes nicht genügend Power auf die Straße bekommen. Das ist im Bund und im Freistaat eine Misere ersten Ranges, made by CSU.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen hättet ihr als CSU-Fraktion diesem Antrag zustimmen müssen. Schließlich ist ganz klar: Die Autobahndirektion Süd musste diesen Personalfehlbestand selbst einräumen. Dafür seid ihr nun mal verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Roos. – Nächster Redner ist der Kollege Holetschek. Bitte schön, Herr Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Roos, also, wir lassen auf unsere Ministerpräsidenten nichts kommen, weder auf die vergangenen noch auf den aktuellen noch auf die zukünftigen!

(Allgemeine Heiterkeit – Bernhard Roos (SPD): Sowieso! – Volkmar Halbleib (SPD): Da kommt nicht mal Beifall der CSU-Fraktion!)

Das will ich an dieser Stelle schon einmal festhalten, damit das klar ist.

(Bernhard Roos (SPD): Das nennt man Vasallentreue! – Georg Rosenthal (SPD): Ich erinnere mich an Herrn Streibl!)

Herr Kollege Roos, aber es geht um die Sache. Ich glaube, wir stimmen in einer gewissen Sympathie dafür überein, dass man die Auftragsverwaltung hätte in Bayern belassen können. Aber wie so oft im Leben geht es eben um Gesamtpakete und um Abwägungen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen, dass es bei der Neuorientierung der Länderfinanzbeziehungen schon ein Erfolg ist, was Horst Seehofer und Markus Söder erreicht haben: Der Freistaat muss jetzt 1,3 Milliarden Euro weniger zahlen.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Roos (SPD): Das ist die Regierung!)

Natürlich sollte man das dann auch noch mal deutlich machen, wenn es darum geht, was jetzt mit dieser Infrastrukturgesellschaft entstanden ist.

(Bernhard Roos (SPD): 600 Millionen allenfalls!)

– Sie wissen, dass es hier nicht um Bayern, sondern um die gesamten Länder ging. Es gibt in dieser Republik eben auch Länder, die da Defizite hatten, und deswegen ist dieses Thema so behandelt worden.

Herr Kollege Roos, ich glaube Ihnen und es ehrt Sie, dass es Ihnen um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Uns geht es auch um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist schon wichtig. Ich will an dieser Stelle auch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung danken. Sie leisten gute Arbeit. Wir haben oft etwas zu kritisieren, aber an dieser Stelle darf man auch einmal Danke sagen, weil die Arbeit mehr und nicht einfacher geworden ist. Deshalb möchte ich diesen Dank voranstellen.

(Bernhard Roos (SPD): Das unterstütze ich ausdrücklich!)

Wir haben auch eine Verantwortung dafür, dass dieser Übergang so gestaltet wird, dass er nicht zum Nachteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerät. Deswegen sind im Vorfeld verschiedene Dinge getan worden.

Sie ziehen heute Ihren Antrag hoch. Da muss ich zu diesem Thema auch auf zwei von uns gestellte Anträge verweisen, die im Plenum bereits verabschiedet worden sind. Wir haben Ihren Antrag deswegen abgelehnt, weil er, mit Verlaub, eigentlich überflüssig ist. Wenn Sie sich ansehen, welche gesetzlichen Garantien abgegeben wurden: § 613a BGB, Tarifbindung/Tarifvertrag. All diese Dinge sind zugunsten der Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter. Damit soll das Signal gesendet werden, dass nichts gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht wird. Das betrifft sowohl den Status als auch den Arbeitsplatz als auch die Zuordnung der Arbeit. Somit haben wir gesetzlich verankerte Garantien zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wichtig sind und die Klarheit schaffen.

Wir haben auch Leitlinien zur Stellenbesetzung geschaffen. Das heißt, es werden alle Instrumente angewendet. Es werden zum Beispiel bestimmte Dinge vorgezogen. Es gibt auch die Vorweggewährung von Tabellenstufen etc. Damit soll signalisiert werden: Wir brauchen und wollen gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Autobahndirektion. Herr Kollege Roos, wir brauchen sie übrigens in beiden Autobahndirektionen. Ich habe nicht ganz verstanden, warum Sie sich nur auf Südbayern bezogen haben. Wir haben zwei Autobahndirektionen und wollen keine vergessen. Das sollte man an dieser Stelle auch noch einbringen.

Das Fazit lautet an dieser Stelle: Staatliche Garantien sowie über Gesetze alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Mitarbeitern bei der Mitarbeitergewinnung zusätzliche Optionen zu eröffnen!

Herr Kollege Roos, ich habe mir mal die Zu- und Abgänge angeschaut. Das ist ein wichtiges Thema.

(Bernhard Roos (SPD): Fakt ist: Wir haben zu wenige!)

Das ist ein wichtiges Thema, weil sich daran genau das festmacht und überprüfen lässt, was Sie hier behaupten. Wenn ich mir das erste Halbjahr 2015 anschau, sehe ich: Wir hatten 75 Abgänge und 64 Zugänge. Im zweiten Halbjahr hatten wir 120 Abgänge und 75 Zugänge. Im ersten Halbjahr 2016 waren es 59 Abgänge und 63 Zugänge, im zweiten Halbjahr 67 Abgänge und 80 Zugänge. Im ersten Halbjahr 2017 hatten wir 59 Abgänge und 74 Zugänge, im zweiten Halbjahr 86 Abgänge und 122 Zugänge. Meiner Meinung nach zeigt das mehr als deutlich, dass es Gott sei Dank nicht

zu dem kommt, was Sie befürchten, sondern dass wir tatsächlich etwas dagegensetzen und die Personalstärke halten bzw. sogar leicht ausbauen können.

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Ich bin äußerst dankbar dafür, dass wir einen Investitionshochlauf haben. Es geht um die Infrastruktur. Wir als Partei stehen dafür, dass wir in unserem Land die Infrastruktur weiter ausbauen und dafür Mittel einsetzen; wir verwenden jetzt eine Milliarde Euro – das ist ein Anstieg um 50 % seit 2015 – für das Straßennetz. Das sind sehr wichtige Signale. Auch der Bundesverkehrswegeplan trägt Gott sei Dank eine bayerische Handschrift, und wir sollten dankbar sein, dass wir hier tatsächlich diese Mittel bereitstellen können.

Wir wollen diese Mittel auch verbauen, das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen. Bei der Autobahndirektion Südbayern gibt es deshalb seit Anfang 2017 20 zusätzliche Projektstellen, und 2018 kommen noch einmal welche dazu. Für externe Ingenieurleistungen haben wir im vergangenen Fünfjahreszeitraum über 100 % draufgelegt und die Mittel auf rund 60 Millionen Euro erhöht.

Natürlich ist es richtig, dass es heute schwierig ist, dass wir in Zeiten der Vollbeschäftigung mit der Privatwirtschaft konkurrieren und die Dinge manchmal auch zäh sind. Ich will hier aber noch einmal sagen: Der Freistaat tut alles, um seiner Verantwortung gerecht zu werden und um die Planungsleistungen voranzubringen. Das ist auch das, wofür wir stehen: die Mitarbeiter nicht im Stich lassen, die gestiegenen Anforderungen honorieren, zusätzliche Kräfte einstellen, externe Planungsmittel erhöhen. Um diese Signale an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu senden, stehen wir ständig im Austausch mit den Gewerkschaften und mit allen Beteiligten.

Wir können Ihrem Antrag auch heute nicht zustimmen. Wir haben bereits zwei Anträge verabschiedet, Ihre Anliegen wurden alle erfüllt, und die Zahlen sprechen dafür, dass es nicht nötig ist, in irgendeiner Weise noch etwas zu tun. Wir behalten die Entwicklung im Auge. Die Ausschüsse lassen sich ständig unterrichten. Insofern befinden wir uns auf einem guten Weg. Es wird zugegebenermaßen zwar auch ein anstrengender

Weg für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Herausforderung, die sich aber gemeinsam bewältigen lässt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Holetschek. – Der nächste Redner ist der Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Holetschek, leider kann man keine Erfolgsgeschichte schreiben, wie Sie sie hier dargestellt haben, weil es keine gibt. Bei der Beratung des Doppelhaushalts im Frühjahr 2016 haben wir als Landtagsfraktion für die Jahre 2016/17 70 neue Stellen für die Autobahndirektionen Nord- und Südbayern gefordert. Wir haben einen hohen Millionenbetrag für die freien Ingenieurbüros eingefordert, weil der Bundesverkehrswegeplan vor der Türe stand, und alle, die sich in diesem Bereich bewegen, wussten, dass mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan viele Mittel an die Länder gegeben werden. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht absehbar, dass es eine Infrastrukturgesellschaft auf Bundesebene geben soll.

Im Oktober 2016 erfolgte dann die Verkündung einer Bundesverkehrsinfrastrukturgesellschaft. Wir haben Ihnen zwei Jahre lang vorgehalten, dass genau das der falsche Weg ist. Bayern war und ist ein starkes Bundesland. Wir waren in der Auftragsverwaltung stark. Wir hatten in unseren Autobahndirektionen starke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben für viele Projekte Baureife hergestellt – volkswirtschaftlich ein klarer Nutzen.

Sie haben dann abgelehnt. Der Ministerpräsident hat zwar aus den Verhandlungen als Erfolg mitgebracht, dass Bayern beim Länderfinanzausgleich künftig 1,4 Milliarden Euro bleiben. Was wir infrastrukturtechnisch aber verlieren, sind vielleicht deutlich mehr als 1,4 Milliarden Euro, weil wir über Jahre hinweg diese Stärke in der Umsetzung für

unsere Infrastruktur nicht mehr haben werden. Dass Sie das als Erfolg feiern, kann ich wirklich nicht verstehen.

Sie wollten auf Bundesebene Folgendes erreichen: Sie haben mit der Infrastrukturgesellschaft die Möglichkeit eröffnet, auf Bundesebene ÖPP-Projekte, Versicherungskonzerne in die Verkehrsplanung mit hineinzunehmen. Diese Tür aufzumachen, war doch letztlich Ihr Ziel. Eine starke Auftragsverwaltung, eine starke bayerische Bauunternehmenschaft haben Sie damit aber geschwächt. Es ist überhaupt nicht angesprochen worden, dass viele Projekte vom Mittelstand, von mittelständischen Bauunternehmen durchgeführt wurden. Mit der Bundesverkehrsgesellschaft graben Sie den Mittelständlern das Wasser ab. Das hat also eine viel größere Tragweite, als es die SPD in ihrem Antrag darstellt.

Darin sind nur die Autobahndirektion Südbayern und nur Verkehrsprojekte in Südbayern genannt. Es hat aber eine viel größere Tragweite. Der Auftragsverwaltung und damit Bayern wird die Chance genommen, hier stark zu sein. Der Mittelstand wird geschwächt und für unsere Volkswirtschaft weniger leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwei Jahre lang durfte ich hier die gleiche Rede halten, aber Sie hören einfach nicht zu. Sie werden draußen hören, wenn Sie in die Autobahndirektionen und mittelständischen Unternehmen gehen, dass man Ihnen das vorhalten wird.

Diese Bundesverkehrsgesellschaft wird für Bayern keinen Profit bringen, und ich wundere mich, dass seit Neuestem CSU-Abgeordnete hier am Rednerpult die Reden für ganz Deutschland halten. Plötzlich müssen wir für die anderen Länder, weil dort letztendlich keine Straßen gebaut werden, Hilfestellung leisten. Ich bin gespannt, ob in anderen Bereichen auch so große Solidarität herrscht. Ich kann nicht verstehen, dass wir von Bayern aus den Segen nach ganz Deutschland bringen müssen. Mit den jetzigen Entscheidungen werden der Wirtschaftsstandort Bayern und unsere Verwaltung

geschwächt. Als bayerisches Parlament kann man das nicht akzeptieren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Glauber. – Der nächste Redner ist der Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Autobahndirektionen in Bayern und die Oberste Baubehörde kommt die Gründung der Infrastrukturgesellschaft zu einer denkbar ungünstigen Zeit. Auf der einen Seite ist der Planungs- und Investitionshochlauf zu stemmen, und auf der anderen Seite müssen die Behördenverlagerung und die Neugründung des Standortes Deggendorf organisiert werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das alles gleichzeitig stemmen, verdienen größten Respekt, Dank und Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zerschlagung der bayerischen Auftragsverwaltung, so bedauerlich sie auch ist, wurde nun einmal bei der Neuverhandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Damit muss man einerseits umgehen. Andererseits ist es aber vollkommen verständlich, dass diese Neustrukturierung, diese Veränderung bei den Beschäftigten für Unsicherheit sorgt. Wir müssen die Sorgen und die Belange der Beschäftigten im Auge behalten. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wurde schon mehrmals berichtet und umfangreich diskutiert.

Dennoch betrachte ich einige Fragen und Probleme der Beschäftigten als nach wie vor nicht gelöst. Ich verweise zum Beispiel auf die bisher ungeklärte Situation für die bayerischen Mischmeistereien. Wir haben Autobahnmeistereien, die Autobahnen und Bundesstraßen gleichzeitig betreuen. Wenn hier keine Lösung gefunden wird und das nicht weitergeführt werden kann, kommt es zu einer Zerschlagung dieser Standorte.

Das heißt, dass für diese Beschäftigten die Arbeitsplatz- und Aufgabengarantie dann nicht gewährleistet werden kann. Dieses Problem haben wir bereits letztes Jahr im Juli angesprochen, aber beim Bericht des Innenministeriums in der Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes Ende September war noch keine Lösung in Sicht. Man hat gesagt, man würde das im Gesamtpaket verhandeln. Allerdings ist mir nicht bekannt, dass hier endlich ein Durchbruch geschafft worden wäre.

Noch mehr treiben mich die Sorge und die Frage um, wie man in Zukunft auch für die Infrastrukturgesellschaft gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal bekommt. Auch wenn das in Zukunft eine GmbH des Bundes ist, muss es doch auch uns Bayern interessieren, dass hier eine gute Arbeit geleistet wird. Nach der Neugründung der GmbH werden diese neuen Beschäftigten nicht mehr verbeamtet. Daher müssen wir dringend auch die Frage klären, ob es zu einem Haustarifvertrag kommt oder dort der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gelten soll. Ich denke, bei der künftigen Rekrutierung von neuem und gutem Personal ist das eine wichtige und entscheidende Frage.

Bei diesen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten sowie im Zusammenhang mit der ausgesprochen guten wirtschaftlichen Lage ist es nicht verwunderlich, dass wir gutes Personal an die private Wirtschaft verlieren. Aus unserer Sicht gilt es deshalb, darauf zu achten, dass diese Personalfluktuations nicht die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Standorte gefährdet. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir das von uns ausgebildete Personal weiterhin in der Verwaltung binden können und wie wir in Zukunft gute neue Beschäftigte gewinnen. Dem Antrag der SPD werden wir deshalb zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Staatssekretär Eck. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist angesprochen worden. Der Kollege Holetschek hat es besonders deutlich gemacht. Ich will hier an dieser Stelle vor allem die Möglichkeit nut-

zen, um mich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich zu bedanken; denn sie machen in der Tat eine ganz tolle und ausgezeichnete Arbeit. Wer den Straßenbau oder den Bau insgesamt im Freistaat Bayern verfolgt, der kann, ob das Staatsprojekte oder Bundesprojekte sind, feststellen, dass wir in Bezug auf Geschwindigkeit, auf Umsetzung und natürlich auf Qualität ein ganzes Stück vor anderen Ländern stehen, und das oftmals unter riesigem Termindruck. Deshalb sage ich an dieser Stelle ein großes und herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Damen und Herren, liebe Gäste, Politik ist nicht immer ganz so einfach. Man kann nicht einfach Dinge herausnehmen, sich hier am Pult in die Brust werfen und sagen, das ist gut, das ist schlecht,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann man schon!)

sondern es entstehen immer auch aus der Diskussion heraus Situationen. Die Länder in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht selbstständig tätig. Da gibt es die Bundesländer-Finanzierung. Da gilt es immer wieder Kompromisse anzustreben. Ich will an dieser Stelle noch einmal das Stichwort nennen: Milliardenverbesserung beim Finanzausgleich. Für den, der es nicht weiß: Milliarden sind immerhin 1.000 Millionen. Diese haben wir hier im Freistaat Bayern zukünftig zusätzlich zur Verfügung. Da kann ich nicht einfach sagen, das interessiert mich nicht, das haben wir schon immer so gemacht, und das machen wir die nächsten 50 Jahre weiter so. – So geht es halt einfach nicht. Wir sind aufgestellt. Wir nehmen dieses zusätzliche Geld und investieren es bei uns im Freistaat Bayern.

Liebe Damen und Herren, als zweiter Punkt ist mir ganz wichtig – weil ich eingangs unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelobt habe –, dass wir dafür sorgen und alles, was in unserer Macht steht, dafür tun, dass die Leute bei uns ihren Arbeitsplatz behalten,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass sie ihren Status behalten, dass die finanzielle Situation gleich ist und all die Dinge passen, die schon angesprochen worden sind. Ergebnis dieser Bemühungen unsererseits ist, dass die Abgänge aus unserem Personalstand in den letzten Monaten, seit diese Infrastrukturgesellschaft diskutiert wird, nicht höher sind als in der Zeit davor. Eine gewisse Fluktuation hat man immer. Ich will Ihnen das Ergebnis nennen: Wir sind mit 51 Personen im Jahr 2017 im Plus. Lieber Kollege Glauber, Sie sagen, dass wir Personalminderungen hätten. Das ist schlichtweg nicht richtig. Ich weiß nicht, wer Ihnen diese Zahlen gegeben hat. Es ist falsch. Wir haben 51 Personen mehr in Nord und Süd zur Verfügung als vorher plus zukünftig circa 20 bis 30 Stellen, die wir zusätzlich zur Verfügung stellen. Ich meine, das ist eine ganz tolle und ausgezeichnete Situation. Dass das nicht so dahergeredet ist, liebe Freunde, wird auch daran deutlich, dass wir das einzige Bundesland sind, das 2017 mehr Geld einsetzt, als wir vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen hätten. 200 Millionen Euro mehr sind von unserem Personal umgesetzt und bewältigt worden. Ich finde, das ist eine ganz tolle und ausgezeichnete Situation.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu der Frage, wie die zukünftige Struktur funktioniert. Natürlich könnte ich mich heute hier herstellen und sagen: Alles ist schlecht, alles ist fürchterlich, funktioniert nicht. – Ich bezweifle, dass das ehrlich und fair wäre.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir setzen nach wie vor – das ist unsere Forderung – auf zwei selbstständige Tochterbetriebe. Bisher hat es die Autobahndirektionen Nord und Süd gegeben. Jetzt soll die Einrichtung heißen wie sie will, sage ich mal flapsig. Wir wollen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Voraussetzungen schaffen, damit sie im Freistaat Bayern auch zukünftig vollkommen selbstständig organisiert die Belange unseres Staats managen und organisieren können. Dann haben wir einen anderen Namen und haben

vielleicht eine etwas andere Struktur. Auf jeden Fall sind sie nach wie vor für uns tätig. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in einer guten Richtung unterwegs sind. Wir hätten keine Veränderung gebraucht. Dazu stehen wir in aller Offenheit und in aller Ehrlichkeit. Aber wir sagen auch nicht gleich "Nein, das ist alles schlecht, was hier gemacht wird".

Ich will last but not least an dieser Stelle ansprechen: Wir sollten es nicht herabwürdigen, wir sollten es nicht schlechtreden. Verkehrsminister Dobrindt hat für einen ausgezeichneten Hochlauf gesorgt. Wir können Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vornehmen, an die man noch vor drei oder vier Jahren überhaupt nicht zu denken gewagt hätte. Deshalb brauchen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rückenwind. Diesen bekommen Sie von uns, von der Bayerischen Staatsregierung. Ich bin froh, dass wir heute noch einmal über den Antrag diskutieren; aber zustimmen können wir dem Antrag leider nicht.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, wir können jetzt bis 12.30 Uhr in die Mittagspause gehen. Dann machen wir mit den Dringlichkeitsanträgen weiter.

(Unterbrechung von 11.56 bis 12.32 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind alle Fraktionen zumindest wieder in wichtiger und ausreichender Funktion vertreten. Somit können wir die Sitzung wieder aufnehmen. Wir beginnen mit den Dringlichkeitsanträgen.

Zunächst möchte ich dem Landtagsamt ein Lob aussprechen. Auch wenn wir eineinhalb Stunden früher als geplant fertig gewesen sind, haben es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts geschafft, alle Dringlichkeitsanträge in der ordentlichen Drucksachenform aufzulegen. Vielen Dank dafür! Ich nehme an, dass Sie keine Mittagspause hatten.

(Allgemeiner Beifall)